

## Votum zur Interpellation «Faire Löhne für den Kanton Thurgau»

---

Sehr geehrte Präsidentin  
Geschätzter Regierungsrat  
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich spreche im Namen der GLP-Fraktion. «Faire Löhne für den Kanton Thurgau» tönt gut und wer kann da schon dagegen sein?

Auch ich habe die Interpellation unterschrieben, stehe aber nach näherem Studium dem beschriebenen Anliegen kritisch gegenüber.

Eigentlich geht es einmal mehr um den Mindestlohn. Die GLP teilt das Anliegen der Interpellanten, dass jede Person mit einer Vollzeitstelle ihren Lebensunterhalt meistern können soll.

Aber der Mindestlohn ist hierfür nicht das Rezept. Wir befürchten unabhängig von der Höhe eines allfälligen Mindestlohnes, dass weniger hoch qualifizierte Stellen verschwinden würden und die betroffenen Arbeiten von Lernenden oder höher qualifizierten Personen übernommen würden. Gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden in der Folge geschwächt und auf dem Stellenmarkt noch grössere Herausforderungen antreffen. Es würde zuerst die weniger Qualifizierten treffen und das sind genau diejenigen, denen man mit dem Mindestlohn zu Hilfe kommen will. Verstärkt würde der Effekt auch durch erhöhte Anreize für ausländische Arbeitskräfte. Für einfache Tätigkeiten würde man zusätzliche Personen in den Kanton einladen – speziell in den Thurgau als Grenzkan- ton.

Das ausdrückliche Ziel der GLP ist es, dass möglichst jede Person, unabhängig ihrer beruflichen Qualifikationen und ihres persönlichen Werdegangs, in den Arbeitsmarkt eingebunden ist.

Gleichzeitig könnte es sein, dass mit der Einführung eines kantonalen Mindestlohns die Berufslehre an Bedeutung verliert, da die Einkommensunterschiede zu gering qualifizierten Personen vermindert würden.

Die Herabsetzung der Berufslehre würde das Erfolgsmodell «duales Bildungssystem» im Kern schwächen.

Die Ablehnung eines Mindestlohns begründen wir auch damit, dass wir der Meinung sind, dass die Politik nicht in die Personal- und Lohnpolitik der Wirtschaft eingreifen soll. Durch einen Mindestlohn verändert sich in den Betrieben das gesamte Lohngefüge, damit die bestehenden und gerechtfertigten Lohnabstufungen weiterhin eingehalten werden können. Das wäre ein fundamentaler Eingriff. Zudem würde dieser Eingriff der politischen Einflussnahme ausgesetzt, was wir ebenfalls klar ablehnen.

Zudem würde durch Mindestlöhne die Schwarzarbeit attraktiver.

Der flexible Arbeitsmarkt und die breitabgestützte und ausgewogene Sozialpartnerschaft sind zentrale Vorteile. Die heutige Lösung mit Gesamtarbeitsverträgen lässt im Gegensatz zu einem flächendeckenden Mindestlohn neben der Berücksichtigung der Arbeitsleistung auch eine Rücksichtnahme auf Branchen und Regionen zu. Auf dem Land sind die Lebenshaltungskosten anders als in der Stadt.

Wir brauchen verantwortungsvolle Unternehmen, die interessante Ausbildungsplätze anbieten und wir brauchen gute Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige Bildung. Was wir aber nicht brauchen, sind politische, kantonale oder weitere staatliche Eingriffe in die Lohnpolitik der Wirtschaft.

Ein geeignetes Rezept gegen Tieflohn wäre z.B. die Ausweitung von Gesamtarbeitsverträgen auf mehr Branchen, z.B. in der Kinderbetreuung also für Angestellte in Kitas und Horten.

Jorim Schäfer, Fraktion GLP